



# „Geduldsfaden gerissen“

Bürgermeister und Senat haben ein Problem – die Rote Flora

Ortsunkundige Touristen, Neugierige oder Hamburger, deren Kiez sich nicht in Nachbarschaft zum Schanzenviertel befindet, haben es zurzeit leicht, einfach bei SPD und den Grünen nach dem Weg fragen. Die Fraktionschefs Dr. Andreas Dressel (SPD) und Anjes Tjarks (Bündnis 90/Die Grünen) waren in den letzten Monaten viel im Viertel unterwegs. Sie dürften mittlerweile jede Abkürzung und jedes versteckte Lokal kennen. Um Ortskenntnisse ging es allerdings nicht, warum es die beiden Fraktionsvorsitzenden in die Schanze trieb. Nach dem G20-Gipfel, den gewalttätigen Ausschrei-

tungen und der Begehung schwerster Straftaten im Viertel, wollten die Politiker Klarheit: Wie gehen die Anwohner, Geschäftsinhaber und Restaurantbesitzer mit der Situation um und wie gestaltet sich das Verhältnis zur Roten Flora? Wie soll es also weitergehen? Beide Fraktionschefs äußerten sich im Juli gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“: „Die Flora und ihr Umfeld müssen sich entscheiden: Schließen sie für die Zukunft Gewalt als Mittel ihrer Politik aus – ja oder nein? Und sie müssen ihre Mitverantwortung an den Krawallen hinterfragen – und daraus Konsequenzen ziehen. Klar ist: Es muss sich dort etwas ändern, es kann nicht alles bleiben, wie es ist.“, meinte Dr. Andreas Dressel. Anjes Tjarks sagte: „Die Frage nach der Zukunft der Roten Flora sollte vor allem auch im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern des Schanzenviertels geklärt werden. Die Schanze ist ein buntes Quartier und soll es auch bleiben.“ Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) wurde Anfang August im Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ sehr deutlich: „So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Deswegen muss es Veränderungen geben, und zwar eine klare Distanz zur Gewalt. Mein Gefühl ist, dass

auch die Bürger des Schanzenviertels das erwarten.“ Auf die Nachfrage, wann sein Geduldsfaden reißt, erklärte Scholz: „Der ist gerissen.“ Knapp drei Monate sind nun nach dem G20 ins Land gegangen. Es gibt Absichtserklärungen und diverse Statements, die CDU brachte ein Referendum zur Zukunft der Flora ins Spiel und darüber hinaus hat der von der Hamburger Bürgerschaft beschlossene G20-Sonderausschuss seine Arbeit aufgenommen. Was es nicht gibt – eine Lösung: Wie weiter mit der Roten Flora? Bei den Anwohnern des linksautonomen Hotspots gibt es keine einheitliche Meinung. Was aber auch die Befürworter wollen, ist eine eindeutige Absage der Floristen von jeglicher Gewalt als einem Mittel der politischen Auseinandersetzung! An diesem Punkt wird es dann schwierig, die sonst um keine Meinung verlegenen Linksautonomen ziehen sich dann „elegant“ zurück und vermeiden eine klare Aussage. Ganz im Gegenteil, Andreas Beuth, Rechtsanwalt und Sprecher der Roten Flora, distanziert sich via „taz“ von seiner Distanzierung. Bekanntlich hatte Beuth linksextremistische Krawallaktionen nicht verurteilt, sondern lapidar festgestellt, sich doch besser in Pörseldorf oder Blankenese „aus-

zuleben“. Dieser Mann kann für die Politik kein ernsthafter Ansprechpartner sein! Bürgermeister Scholz und die Senatskoalition haben sich positioniert. Ein „Weiter so, Flora!“ soll es nicht geben! Völlig unbeantwortet bleibt nach wie vor, wie diese Feststellungen und Statements in praktisches politisches Handeln münden sollen? Ein Entgegengekommen der Flora und ein klares Bekenntnis zum alleinigen friedfertigen Protest sind nicht zu erwarten! Dieses offenkundige Dilemma darf kein Dauerzustand werden, sonst ist der Glaubwürdigkeitsverlust des Bürgermeisters und der rot-grünen Regierungskoalition nicht aufzuhalten. **Eigentlich geht es aus Sicht der DPoIG Hamburg um die Beantwortung einer einzigen Frage: Warum wird ein linksautonomes „Kulturzentrum“, deren Sprecher öffentlich der Gewalt das Wort reden oder sie relativieren, auch nach den Ausschreitungen während des G20-Gipfels weiterhin vom Staat geduldet und alimentiert? Diese Frage muss die Politik endlich beantworten oder den „gerissenen Geduldsfaden“ neu verknoten – das wäre dann die Selbstaufgabe!**

Der Landesvorstand

## Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,  
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr  
Fotos: Frank Riebow,  
DPoIG Hamburg  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



# 110.000 Euro Spendengelder verteilt – Polizeiverein lädt Delegationen aus Deutschland und Österreich ein

Anfang September folgten der Hauptpersonalratsvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der **DPoIG**, Ralf Kusterer, der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende der **DPoIG** und Hamburger Landesvorsitzender, Joachim Lenders, und der Personalratsvorsitzende der Hamburger Polizei und Landesvize der **DPoIG Hamburg**, Klemens Burzlaff, einer Einladung des Polizeivereins und seines Vorsitzenden Werner Jantosch. Ebenfalls eingeladen waren Delegationen der Landespolizeien, der Bundespolizei und Kollegen aus Österreich. Sie nahmen stellvertretend für alle eingesetzten



> Hamburg meets Baden-Württemberg: Joachim Lenders, Freddi Lohse, beide Beisitzer im Personalratsvorstand, Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff und Ralf Kusterer, Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei Baden-Württemberg (von links).

Kolleginnen und Kollegen an dieser Veranstaltung im Nachklapp zum G20-Gipfel teil. In seiner Rede machte Werner Jantosch noch einmal mehr deutlich, welch große Anteilnahme nach den gewalttätigen Ausschreitungen Anfang Juli der Polizei zu gute kam. Un-

aufgefordert gingen auf dem Spendenkonto des Polizeivereins 94.000 Euro ein. Ein Großteil von Bürgern aus Hamburg, aber auch aus dem weiteren Bundesgebiet. Dieser Betrag wurde vom Polizeiverein auf 110.000 Euro aufgestockt. Am Ende der Rede übergab Werner

Jantosch symbolisch diesen Scheck den anwesenden Delegationen. In Anbetracht der vielen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sicher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber wie die **DPoIG Ham-**

**burg** findet, hier steht die Geste im Vordergrund! Ein herzliches Dankeschön an den Polizeiverein für den unermüdlichen Einsatz für unsere Kolleginnen und Kollegen!

## > Wechsel in der Freistellung des Personalrates

Ende August wurde unser Kollege Andreas Reimer (DE 34) in die Freistellung des Personalrates der Polizei gewählt! Herzlichen Glückwunsch! Andreas Reimer war über viele Jahre in verschiedenen Verwendungen innerhalb der Landesbereitschaftspolizei tätig. Die Wahl war erforderlich geworden, da die Kollegin Christine Höxtermann ihr Personalratsmandat aus familiären Gründen niedergelegt hat. Sie ist nach mehr als drei Jahren personalrätlicher Tätigkeit in den Reviervollzugsdienst zurückgekehrt und verrichtet ihren Dienst am Polizeikommissariat 42. Der Personalratsvorstand und die **DPoIG Hamburg** bedanken sich bei Christine Höxtermann für ihre engagierte Arbeit und wünschen ihr für ihre weitere dienstliche Tätigkeit alles Gute! Zugleich wünschen wir dem Kollegen Andreas Reimer eine schnelle Einarbeitung in sein neues berufliches Umfeld und für seine Tätigkeit als freigestelltes Personalratsmitglied auch die dazugehörige Portion Glück!



> Andreas Reimer

© F. Windmüller

**DPoIG** **Deinetwegen!**

# Darf's etwas mehr sein?

80 € Prämie für das Neumitglied,  
75 € Prämie für den Werber.

Als Gutschein deiner Wahl, von Amazon bis Zalando ...



## DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im dbb

Als mitgliederstärkste Berufsvertretung aller Bediensteten der Polizei Hamburg haben wir unsere Durchsetzungs- und Kampagnenfähigkeit in den letzten Jahren eindrucksvoll mit vielfältigen Aktionen unter Beweis gestellt.

Durch unsere Mitgliedschaft in der Tarifunion des dbb sind unsere Beschäftigten bei Tarifverhandlungen zuverlässig vertreten.

## Unsere Leistungen:

- Rechtsschutz – mit freier Anwaltswahl inklusive Wegeunfälle und mit kostenloser Beratung in allen zivilrechtlichen Angelegenheiten bei einer namhaften Anwaltskanzlei
- Diensthaftpflicht- und Regresshaftpflichtversicherung
- Ersteinleidungs- und Sterbegeldbeihilfe
- Vergünstigungen durch exklusive Partner
- umfangreiches Seminarangebot ... und vieles mehr

*Die ausführliche Beschreibung dieser Leistungen, die im günstigen Mitgliedsbeitrag bereits mit eingeschlossen sind, findest du in unserem aktualisierten Infoblatt „LEISTUNGEN“.*

## Werde Mitglied und profitiere doppelt:

Wir überzeugen nicht nur mit starken Leistungen, sondern bieten auch attraktive Zusatzleistungen unserer Kooperationspartner zu besonders günstigen Bedingungen an.

### Prämien für das Neumitglied:

Wer sich bis zum 1. Juni 2018 für eine Mitgliedschaft in der DPoIG Hamburg entscheidet\*, erhält:

- einen Gutschein seiner Wahl in Höhe von **80 €** (z. B. von Media-Markt, Saturn, Amazon, Douglas, Karstadt, Obi, ...) oder
- eine hochwertige Polizei-Einsatztasche oder
- eine LED-Taschenlampe oder
- ein Paar schnitthemmende Einsatzhandschuhe

*Die Aufzählung ist nicht abschließend.*

Es lohnt sich, zu vergleichen!

Es lohnt sich, Mitglied der DPoIG Hamburg zu werden!

Es lohnt sich, ein neues DPoIG-Mitglied zu werben!

### Prämien für den Werber:

Wer als Mitglied der DPoIG Hamburg ein neues Mitglied wirbt, erhält:

- einen Gutschein seiner Wahl in Höhe von **75 €** (z. B. von Media-Markt, Saturn, Amazon, Douglas, Karstadt, Obi, ...)
- oder einen der links aufgeführten Artikel

*\*Ausgenommen sind Anwärter der Akademie der Polizei.  
Hier gelten die besonderen Werbepremien für Berufsanfänger.*





© Thorsten Schröder/CC (2)

## Linksirgendwas

### Was unterscheidet Linksradikale, Linksautonome, Linksextremisten?

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Seit dem G20-Gipfel im Juli ist die linksextremistische Szene wieder schärfer in das Blickfeld von Politikern, Öffentlichkeit und sogenannten Experten geraten. Im Schanzenviertel wurde der Gewalt-Event zum Gipfel zelebriert. Seitdem werden sowohl von der Politik, aber auch von Medien die Begriffe linksradikal, linksautonom und linksextremistisch oft synonym und gleichwertend verwendet – das ist nicht nur einfach unpräzise, sondern schlichtweg falsch! Genauso fahrlässig und fehlerhaft werden im Übrigen auch die Begriffe rechtsradikal und rechtsextremistisch diskutiert und mitunter auch politisch instrumentalisiert.

#### Was unterscheidet Radikale von Extremisten?

Zunächst muss festgestellt werden, dass radikale Ideologien weder verboten noch strafbar sind. Menschen, die sich für radikale politische Ideen und Ideologien begeistern, gab es schon immer und wird es wohl auch immer geben. Es gibt sie nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft, in der Wissenschaft, in Kunst und Kultur. Auch die Diskussion um den Mindestlohn startete in Deutschland als durchaus radikale Idee, unter anderem zunächst vehement abgelehnt von Teilen der SPD und den Gewerkschaften. Der Politikwis-

senschaftler Thomas Noetzel definiert den Unterschied zwischen Radikalismus und Extremismus in der „FAZ“ so: „Radikale wollen mit ihren Ideen an die Wurzel eines Problems gehen und deswegen auch keine Kompromisse eingehen. Extremisten gehen noch einen

Schritt weiter. Zum Extremisten wird man, wenn man die Ideen auf die Straße bringt. Der Extremist nimmt den Radikalen erst richtig ernst – er setzt seine Ideen um.“ Dieses „Umsetzen“ bedeutet dann aktives Handeln und im extremistischen Selbstverständnis

#### Meinung

#### Wo ordnen Sie das Bündnis „Welcome to Hell“ ein?

„Das ist für mich ganz klar extremistisch. Allein der Bezug auf die Hölle ist maßlos. Von der Idee her ist das Bündnis radikal. In dem Moment aber, als sie ihre Ideen auf die Straße getragen haben, sind sie extremistisch geworden. Nochmal: Linksextremismus ist sozusagen der in die Tat umgesetzte Linksradikalismus. Die Demonstranten haben sich ja ganz bewusst auf die Eskalation eingelassen.“

Der Verfassungsschutz spricht übrigens nur von Linksextremen, nicht von Linksradikalen. Wieso?

„Ideen alleine sind eben noch nicht strafbar.“

Quelle: Interview mit Thomas Noetzel, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte, Philipps-Universität Marburg, „FAZ“ vom 13. Juli 2017



auch die politisch motivierte Gewalt gegen Menschen für die „gute Sache“. Anders formuliert, Radikale verhalten sich gesetzeskonform, sie lehnen das System ab und wollen es überwinden – bewegen sich jedoch innerhalb der Rechtsordnung. Extremisten stellen sich außerhalb unserer Gesetze und wollen das ihnen verhasste System auch mit Gewalt erzwingen. Linksradikale und Linksextremisten trennt das Verhältnis zur Gewalt. Radikale sind „Verfassungskritiker“. Extremisten sind Verfassungsfeinde, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten, propagieren und anwenden. Natürlich verschwimmen die Grenzen zwischen diesen Gruppen und wer gestern noch zulässige radikale Positionen bezog, ist morgen vielleicht der Wegbereiter, ideologische Kopf und Rädelsführer bei gewalttätigen Ausschreitungen gegen Polizeibeamte.

#### Was trennt Linksautonome von Linksradikalen und Linksextremen?

Linksradikale und Linksextreme haben gemeinsam, dass sie das bestehende System komplett ablehnen. Die Sympathien für die Ideen des „Guten“ reichen weit bis in die Mitte der Gesellschaft. Heute kann

ein Schauspieler „Tatort-Kommissar“ und zugleich Mitglied der Partei Die Linke sein, das wäre in Deutschland kein Problem. Einen „Radikalen-Erlass“ wie ihn in den 1970er-Jahren zum Beispiel Lehrer zu befürchten hatten, die DKP-Mitglied waren, heute undenkbar. Derselbe Schauspieler, dieselbe Rolle, aber jetzt ist der „Tatort-Kommissar“ im richtigen Leben Mitglied der AfD – den Shitstorm und dessen Folgen möge sich jeder selbst ausmalen. In Hamburg und in der ganzen linken Szene gilt die „Rote Flora“ als Trutzburg der Linksautonomen. Was unterscheidet sie von Linksradikalen und Linksextremen? Dazu sagt Thomas Noetzel in der „FAZ“: „Linksautonome legen viel Wert darauf, dass sie nicht parteiisch sind. Sie sehen sich jenseits der klassischen kapitalistischen Problematik. Hier geht es nicht mehr um die Arbeiterklasse oder den Klassenkampf. Für Autonome stehen kulturelle Faktoren im Fokus.“ Die „Floristen“ unterhalten Werkstätten und betreiben eine sogenannte Volkküche. So wird der Alltag politisiert und individualisiert. Im Gegensatz zu Linksextremisten lehnen Autonome Hierarchien und staatliche Strukturen ab, was sie eint, ist die Gewaltbereitschaft. „Die linksautonome Gewaltbereitschaft

#### > Extremismus/Radikalismus

„Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen Extremismus und Radikalismus, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei Radikalismus handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ‚von der Wurzel (lat. radix) her‘ anpacken will. Im Unterschied zum Extremismus sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind zum Beispiel Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.“

Quelle: [www.verfassungsschutz.bremen.de](http://www.verfassungsschutz.bremen.de)

basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach linksautonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen. Ihrem Verständnis nach bedingen Staat und Rechts-extremisten sich gegenseitig. Linksautonome zielen deshalb mit ihren sogenannten antifaschistischen Aktivitäten zugleich immer auch auf den Staat. Ihn wollen sie nicht reformieren, sondern auf revolutionärem Wege überwinden und durch eine ‚herrschaftsfreie Gesellschaft‘ ersetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, halten sie alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für notwendig. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als ‚Geburtsheifer einer neuen Gesellschaft‘, denn um die herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden.“

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung





# Nachlese G20: Toller Job der Verwaltung

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Über den G20-Einsatz ist fast alles geschrieben worden. Jetzt beschäftigt sich noch ein Sonderausschuss der Bürgerschaft mit dem Gipfeltreffen, doch dies ist hier nicht mein Thema.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals „Danke“ sagen für das Engagement und Durchhaltevermögen aller Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt natürlich allen Einsatzkräften, und ich möchte hier einigen Kollegen aus der Verwaltung exemplarisch für viele andere danken.

Da ist zunächst die Meisterleistung des gesamten EA Logistik und der Unterabschnitte Hotel und Verpflegung. Ihr habt das grandios durchgestanden und Unmögliches möglich gemacht. Die Zusammenarbeit war hervorragend, auch wenn die Herausforderungen zunehmend stiegen. Zu wenig Hotelbetten, zu viele Kräfte, Verpflegungsstellen zu weit weg, es gab eigentlich nichts, was es nicht gab. Der Personalratsvorstand beispielsweise hatte eine Standleitung zu diesem Abschnitt und es wurden immer Lösungen gefunden. Dankeschön den Kollegen aus der gesamten Polizei, die die Verpflegungsbeutel gepackt haben. Die Kolleginnen und Kollegen in den Verpflegungsstellen, die rund um die Uhr gearbeitet haben und immer ein freundliches Wort für die Einsatzkräfte hatten. Kollegen aus der VT 1, die die Toilettenwagen betreuten, liebevoll „Dixieland“ genannt, haben dies selbstständig und souverän erledigt. Trotz der unmittelbaren Lage im Einsatzgeschehen waren sie immer guter Dinge und auch dort hat die DPoIG-Betreuung stattgefunden. Die Hotelbe-

treuer, die sich um die auswärtigen Einheiten gekümmert haben, viele mussten spontane und kreative Lösungen finden. Ob es um die Besorgung von Blasenpflastern oder um die plötzliche Beschaffung von Abendessen für 80 Kollegen ging, sie haben es mit Herzblut getan. In einigen Dingen konnte auch hier das DPoIG-Betreuungsteam weiterhelfen, mit guten Ratschlägen oder guten Verbindungen, mit G20-Pins und zusätzlichen Informationen an das Hotelbetreuungs-handly, die Informationschats der DPoIG wurden intensiv genutzt. Grandios, die Kollegen der Fahrbereitschaft und der Fahrzeuglogistik, die tagelang vorher Fahrzeuge aus dem ganzen Bundesgebiet beschafft haben. Und natürlich unsere Helfer aus der Verwaltung, die in ihrer Freizeit mit in die Einsatzbetreuung gegangen sind, egal ob Tag oder Nacht, euch allen gehört unser Respekt und unser Dank. Dieser Einsatz hat-



© Beate Petrou

Uwe Ehrenberg ist Personal-sachbearbeiter (PERS 313) und war während des G20-Gipfels, wie viele andere Kollegen der Verwaltung auch, als Hotelbetreuer eingesetzt. Er ist Vertrauensmann der DPoIG Hamburg und Gewerkschafter mit Leib und Seele.



© Windmüller

> Beate Petrou

te den positiven Nebeneffekt, dass wir wieder „eine Polizei“ geworden und die Kollegen aus dem Vollzug und aus der Verwaltung zusammengerückt sind.

Mit freundlicher Genehmigung des Kollegen Uwe Ehrenberg, eingesetzt als Hotelbetreuer, dürfen wir hier seine Gedanken veröffentlichen, die deutlich machen, was viele gefühlt haben:

„Fast wie eine Verlängerung des Hafengeburtstags... so wurde es in Hamburg durch ihr wisst schon wen, angekündigt. Was für eine pompöse Party. Einige der von mir betreuten Einsatzkräfte waren so wild aufs Feiern, dass sie es sich nicht nehmen ließen, 36 Stunden am Stück an der Party teilzunehmen... mit Helm und all dem, was ein Polizist einer Einsatzhundertschaft so braucht. Nach anderthalbstündiger Autofahrt ins 90 Kilometer entfernte Hotel mit vier Stunden Schlaf und Essen aus einer Plastiktüte wollten die Jungs und Mädels unbedingt weiter feiern und machten sich wieder auf den Weg zur verlängerten ‚Hafengeburtstagsparty‘ in unsere schöne Stadt, um auf dem Parkett der Schanze noch-

mals 24 Stunden zu ‚feiern‘. Aus lauter Solidarität zu ihren Fahrern, welche im selben Maß mitfeiern sollten, wurde natürlich komplett auf Alkohol und den nötigen Schlaf verzichtet. Im Gegensatz zu manch anderen dunkel gekleideten Partygästen musste man ja noch 90 Kilometer ins Hotel. Kollegen einer anderen Einsatzhundertschaft aus Niedersachsen waren so wild auf die Party, dass sie nach über 24 Stunden in ihrem schicken Partyoutfit im Hotel ankamen, das sie gestern Abend gegen 23.45 Uhr verließen, nur kurz einen Teller Suppe nahmen und auf Zuruf des ‚Gastgebers‘ um 00.05 Uhr im Hotel ‚auscheckten‘, um morgens wieder zurückzusein.

**Liebe Kollegen aus Dresden und Hannover, auch wenn ihr heute Früh alle ausgesehen habt wie Zombies nach einer langen ‚Hafengeburtstagsparty‘, ihr habt meinen tiefsten Respekt!“**





Ernst Deutsch Theater  
H A M B U R G

# König Drosselbart



Sozial- und Bildungswerk  
der *DPoIG Hamburg* im dbb

Holzdamms 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610



*Weihnachtsmärchen 2017*

*König Drosselbart*

im Ernst Deutsch Theater

Sonntag, 10. Dezember 2017, 13.30 Uhr

**Preise: 6 Euro bis 10 Euro pro Person**

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

**Die Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Fahrkarte im HVV-Bereich!**

Kartenreservierung und Kartenverkauf  
in der Geschäftsstelle der *DPoIG Hamburg*, Telefon: 040.2540260



## „Modern“ und Polizei Hamburg – passt das zusammen?

Von Flemming Schade, stellvertretender Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei

Vor mehr als zwei Jahren – im April 2015 – wurde das Projekt „MobiPol“ aus der Taufe gehoben. Bereits damals wurde erkannt, dass ein „Spannungsfeld zwischen Anforderung und Ressourcen“ besteht. Mobile Geräte sollten die Interaktion mit den bestehenden Standardsystemen der Polizei ermöglichen. Eine aktive Informationsgewinnung der Einsatzkräfte aus allen bekannten Quellen auch von „unterwegs“ sollte die Arbeit erleichtern.

Das „Hamburger Abendblatt“ titelte damals: „Zur schnelleren Bearbeitung von Verkehrsunfällen und Straftaten will die Hamburger Polizei ihre Beamten mit Tablet-PCs ausstatten.“

Als eine Art „Türöffner“ zur Welt der interaktiven und mobilen Technik wurde der „Messenger 24“ entwickelt – ein Messenger, der die Kommunikation nach Vorbild des allseits genutzten „WhatsApp“ auch dienstlich auf sichere Beine stellen sollte. Im weiteren Verlauf wurde dann das eigentliche Ziel angepeilt und die Auskunfts- und Vorgangssysteme sollten mit eingebunden werden: POLAS, ComVor, ZEVIS ... Zwischenzeitig wurde noch ein

Projekt „Interaktiver Streifenwagen“ eingesetzt – mit dem Ziel, eine einheitliche Bedienung der FuStw zu ermöglichen und Navigation sowie Einsatzvergabe einzubinden. (Der „POLIZEISPIEGEL“ berichtete).

### ■ Wo stehen wir heute?

Man ließ sich von Microsoft von der Windows-Phone-Plattform überzeugen und schaffte eine große Zahl „Lumia“-Smartphones an. Auf dieser Plattform wurde zunächst fleißig entwickelt, bis sich herausstellen sollte, dass Microsoft das Interesse an der Plattform verloren hatte. Da die Entscheidungswege bei der Informationstechnik (IT) im Hause Polizei nicht unbedingt schnell und spontan sind, will man nun „plattformübergreifend“ für Windows, iOS und Android entwickeln – auch um eine erneute Pleite bei der Plattformwahl zu vermeiden. Andere, wie die Landespolizei Bayern oder das New York Police Department, haben da erst kürzlich Nägel mit Köpfen gemacht und auf das iPhone gesetzt.

Als großer „Katalysator“ diente der Termin zum G20-Gipfel. Zu diesem Zeitpunkt wollte die

Polizei einen großen Schritt weiter sein. Der „Messenger 24“ kam dann auch recht schnell in die Gänge. Auf über 1.400 (Windows Phone-)Geräten, die an die verschiedensten Einsatzkräfte verteilt wurden, war insbesondere der „Messenger 24“ installiert und einsatzbereit. Allein die Netzwerkinfrastruktur, bereitgestellt vom Hamburger Hoflieferanten „Dataport“, verhinderte beim G20-Einsatz einen reibungslosen Einsatz der Anwendung.

Das eigentliche Ziel, die Auskunfts- und Vorgangssysteme einzubinden, nahm jedoch weiter an Fahrt auf. So ist es nun an der Pilot-Dienststelle, dem Polizeikommissariat 46, auf den dort eingesetzten Geräten möglich, erste rudimentäre Vorgänge – zunächst 5K und 5A – inklusive Aktenzeichenvergabe anzulegen. Auch die Abfrage und (einfache) Übernahme von Personendaten (POLAS, INPOL) in die Vorgänge ist bereits möglich. EWO, Kennzeichen, Orte, Sachdaten et cetera sollen folgen. Dass dies bei den stationären PC an den Wachen bis heute nicht machbar ist und man noch umständlich Mehrfachabfragen und -eingaben erledigen muss, zeigt auch, dass die Flexibilität und Spontanität, die gerade bei der schnelllebigen

IT erforderlich sind, leider bei der Hamburger Polizei nicht immer gegeben sind. Genau hier liegt aber auch die Hoffnung – dass durch das Projekt „MobiPol“ auch die Bedienung der bekannten Systeme auf den stationären Geräten endlich modern und zeitgemäß umgesetzt wird. Die Aussicht, dass man einmal mit dem dienstlichen Smartphone unterwegs Daten erfasst und es dann an der Dienststelle einfach an eine Tastatur und einen Monitor andockt, um dort weiterzuarbeiten, klingt wie Science-Fiction für Hamburger Polizeibeamte. In der Privatwirtschaft sind Tablet und Smartphone alltäglich und die Kluft zwischen Machbarem und Gemachtem wird bei uns zusehends größer. Das Projekt „MobiPol“ ist nun schon mehr als zwei Jahre alt und Hamburg hat damit eine Technik am Start, die deutschlandweit ihresgleichen sucht – da bleibt die Hoffnung, dass die Entscheidungsträger den „Spaß“ an der Sache nicht verlieren und erkennen, welche Potenziale in der bereits heute verfügbaren Technik stecken. Und dass nicht noch mal zwei Jahre ins Land gehen, bis die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in der Gegenwart ankommen dürfen. ■